

Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

68. Jahrgang

Ausgegeben in Hannover am 30. Dezember 2014

Nummer 27

INHALT

| Tag | | Seite |
|--------------|---|-------|
| 16. 12. 2014 | Gesetz zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen 20411, 20411 | 474 |
| 16. 12. 2014 | Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes und anderer Gesetze 77210 01, 77220, 75100, 79100, 21064, 21064 07, 20411, 20411, 22210 | 475 |
| 18. 12. 2014 | Haushaltsbegleitgesetz 2015 20441 (neu), 61330 08, 61330 11, 20441 06, 20441 06, 20441 06, 20442, 20442, 20442 02, 77000, 21130 03, 21130, 28200, 83000 01, 82300, 22210 | 477 |
| 18. 12. 2014 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015 — HG 2015 —) 64000 (neu) | 493 |
| 22. 12. 2014 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung der Gewerbe- und der Grundsteuer in gemeinde- freien Gebieten 62100 | 503 |
| 18. 12. 2014 | Bekanntmachung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze 10100 | 504 |
| 16. 12. 2014 | Bekanntmachung der Änderungen der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages | 505 |

G e s e t z
zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten
an öffentlichen Schulen

Vom 16. Dezember 2014

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

§ 63 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:

„³Die Dienstleistung ist durchgehend in Teilzeitbeschäftigung mit der in Satz 2 festgelegten Arbeitszeit zu erbringen (Teilzeitmodell).“
 - b) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.
2. Es wird der folgende neue Absatz 2 eingefügt:

„(2) ¹Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen gilt Absatz 1 Satz 1 mit der Maßgabe, dass ihnen Altersteilzeit schon bewilligt werden kann, wenn sie das 55. Lebensjahr vollendet haben. ²Abweichend von Absatz 1 Satz 3 kann die während der Gesamtdauer der Altersteilzeit zu erbringende Dienstleistung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen auf Antrag auch so verteilt werden, dass sie in den ersten sechs Zehnteln der Altersteilzeit vollständig vorab geleistet wird und die Beamtinnen und Beamten anschließend vom Dienst freigestellt werden (Blockmodell).“
3. Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.
4. Der neue Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Am Ende der Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
 - b) In Nummer 2 werden nach den Worten „Bewilligung der Altersteilzeit“ die Worte „im Teilzeitmodell“ eingefügt und der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Es wird die folgende Nummer 3 angefügt:

„3. die Bewilligung der Altersteilzeit in Form des Teilzeit- oder Blockmodells regeln.“

Artikel 2

Änderung der Niedersächsischen Verordnung
über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten
an öffentlichen Schulen

Die Niedersächsische Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen vom 14. Mai 2012 (Nds. GVBl. S. 106), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. August 2014 (Nds. GVBl. S. 240), wird wie folgt geändert:

1. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Altersteilzeit

(1) Altersteilzeit nach § 63 NBG kann Lehrkräften nach Vollendung des 55. Lebensjahres zum 1. Februar oder zum 1. August, frühestens zum 1. August 2015, bewilligt werden.

(2) ¹Altersteilzeit im Teilzeitmodell kann auf Antrag auch mit einer im Laufe des Bewilligungszeitraums sinkenden Arbeitszeit nach Maßgabe der Sätze 2 bis 6 bewilligt werden. ²Die Altersteilzeit gliedert sich in zwei gleich lange Abschnitte. ³In dem ersten Abschnitt beträgt die Arbeitszeit höchstens 80 Prozent und im zweiten Abschnitt mindestens 40 Prozent der nach § 63 Abs. 1 Satz 2 NBG für den Umfang der Altersteilzeit maßgeblichen Arbeitszeit. ⁴Abweichend von Satz 2 kann sich die Altersteilzeit auf Antrag in drei Abschnitte gliedern. ⁵In diesem Fall beträgt die Arbeitszeit im ersten Abschnitt höchstens 80 Prozent, im zweiten Abschnitt 60 Prozent und im dritten Abschnitt mindestens 40 Prozent der nach § 63 Abs. 1 Satz 2 NBG für den Umfang der Altersteilzeit maßgeblichen Arbeitszeit; der erste und der dritte Abschnitt müssen gleich lang sein. ⁶Die durchschnittliche Arbeitszeit muss in jedem Fall dem in § 63 Abs. 1 Satz 2 NBG festgelegten Umfang entsprechen.

(3) Altersteilzeit im Blockmodell kann für eine Laufzeit von 5, 10, 15 oder 20 Schulhalbjahren bewilligt werden.

(4) Während der Altersteilzeit erhalten Lehrkräfte keine Altersermäßigung.“

2. In § 19 Satz 3 wird die Verweisung „§ 9 Abs. 2 und 3“ durch die Verweisung „§ 9 Abs. 2“ ersetzt.
3. § 25 Abs. 3 wird gestrichen.
4. Nach § 25 wird der folgende § 25 a eingefügt:

„§ 25 a

Altersteilzeit

¹Altersteilzeit nach § 63 NBG kann Schulleiterinnen und Schulleitern im Blockmodell nach Vollendung des 55. Lebensjahres zum 1. Februar oder zum 1. August, frühestens zum 1. August 2015, für eine Laufzeit von 5, 10, 15 oder 20 Schulhalbjahren bewilligt werden. ²Während der Altersteilzeit erhalten Schulleiterinnen und Schulleiter keine Altersermäßigung.“

5. In der Anlage 1 (zu § 12 Abs. 1) wird bei den Angaben zu der Schulform „Gesamtschulen“ die Zeile „Stufenleiterin oder Stufenleiter 4“ gestrichen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 2. Februar 2015 in Kraft.

Hannover, den 16. Dezember 2014

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bernd B u s e m a n n

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Stephan W e i l

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen
Architektengesetzes und anderer Gesetze*)**

Vom 16. Dezember 2014

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes

Das Niedersächsische Architektengesetz in der Fassung vom 26. März 2003 (Nds. GVBl. S. 177), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 591), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 4 Satz 4 Nr. 1 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 623/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. EU Nr. L 180 S. 9)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.
2. § 4 b wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nr. 2 wird die Angabe „Sätze 1 bis 3“ gestrichen.
 - b) Dem Absatz 4 wird der folgende Satz 3 angefügt:

„³Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung erfüllen die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 4 Satz 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, wenn sie eine Berufshaftpflichtversicherung nach Absatz 2 unterhalten.“
3. § 22 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Wer den Vorsitz führt, muss die Befähigung zum Richteramt, die Befähigung für die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt eröffnet, oder eine gleichwertige Befähigung besitzen.“

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes

Das Niedersächsische Ingenieurgesetz vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 324, 434), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 591), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 623/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. EU Nr. L 180 S. 9)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.
2. Dem § 7 Abs. 2 wird der folgende Satz 6 angefügt:

„⁶Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung erfüllen die Voraussetzungen nach § 8 Abs. 4 Satz 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, wenn sie eine Berufshaftpflichtversicherung nach den Sätzen 1 bis 5 unterhalten.“
3. § 25 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Das vorsitzende Mitglied muss die Befähigung zum Richteramt, die Befähigung für die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt eröffnet, oder eine gleichwertige Befähigung besitzen.“

Artikel 3

Änderung des
Niedersächsischen Markscheidergesetzes

In § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Markscheidergesetzes vom 16. Dezember 2009 (Nds. GVBl. S. 478), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 591), wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 623/2012 der

Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. EU Nr. L 180 S. 9)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
über den Wald und die Landschaftsordnung

In § 15 Abs. 3 Satz 3 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. Oktober 2011 (Nds. GVBl. S. 353), wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung
des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes

In § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes vom 20. Februar 2009 (Nds. GVBl. S. 25), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 591), wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe

Das Kammergesetz für die Heilberufe in der Fassung vom 8. Dezember 2000 (Nds. GVBl. S. 301), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 591), wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Abs. 2 Satz 1 wird nach der Angabe „Richtlinie 2005/36/EG“ die Angabe „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22; 2007 Nr. L 271 S. 18; 2008 Nr. L 93 S. 28; 2009 Nr. L 33 S. 49), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368),“ eingefügt.
2. In § 14 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EG Nr. L 255 S. 22)“ gestrichen.

Artikel 7

Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

In § 16 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Beamtengesetzes wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

*) Dieses Gesetz dient auch der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22; 2007 Nr. L 271 S. 18; 2008 Nr. L 93 S. 28; 2009 Nr. L 33 S. 49), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368).

Artikel 8

Änderung der
Niedersächsischen Laufbahnverordnung

In § 35 der Niedersächsischen Laufbahnverordnung wird die Angabe „Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. EU Nr. L 311 S. 1)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Verordnung
über die staatliche Anerkennung von Berufsqualifikationen
auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik

In § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die staatliche Anerkennung von Berufsqualifikationen auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik vom 28. Januar 2013 (Nds. GVBl. S. 38) wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 623/2012 der Kommission vom 11. Juli 2012 (ABl. EU Nr. L 180 S. 9)“ durch die Angabe „Richtlinie 2013/25/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 368)“ ersetzt.

Artikel 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Hannover, den 16. Dezember 2014

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bernd B u s e m a n n

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Stephan W e i l

Haushaltsbegleitgesetz 2015

Vom 18. Dezember 2014

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich

Das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 Nr. 1 Buchst. a werden die Worte „Rennwett- und Lotteriesteuer“ durch die Worte „Lotteriesteuer, der Rennwett- und einer sonstigen Sportwettsteuer“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Am Ende der Nummer 2 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
 - bb) Am Ende der Nummer 3 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
 - cc) Es wird die folgende Nummer 4 angefügt:

„4. einen mit dem einheitlich durch Gesetz festgelegten Vmhundertersatz nach Satz 1 Nr. 1 multiplizierten Betrag in Höhe von 45 000 000 Euro im Jahr 2015 zur anteiligen Finanzierung der Entlastung von Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern.“
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Zahl „51,4“ durch die Zahl „50,9“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Zahl „48,6“ durch die Zahl „49,1“ ersetzt.
 - b) Absatz 2, zweiter Satzteil, wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Zahl „50,9“ durch die Zahl „50,4“ ersetzt.
 - bb) in Nummer 2 wird die Zahl „49,1“ durch die Zahl „49,6“ ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Zahl „63,1“ durch die Zahl „65,9“ und die Zahl „25,8“ durch die Zahl „23“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Zahl „63,1“ durch die Zahl „65,9“ ersetzt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden die Zahl „61,8“ durch die Zahl „64,6“ und die Zahl „27,3“ durch die Zahl „24,6“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 werden die Zahl „61,8“ durch die Zahl „64,6“ und die Zahl „10,9“ durch die Zahl „10,8“ ersetzt.
4. § 21 Abs. 4 Satz 3 wird gestrichen.

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes

§ 2 des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 12 wird am Ende das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
2. In Nummer 13 werden die Zahl „49,04“ durch die Zahl „49,50“ und die Zahl „53,39“ durch die Zahl „53,89“ ersetzt und am Ende ein Komma angefügt.
3. Es wird die folgende Nummer 14 eingefügt:

„14. ab dem Haushaltsjahr 2016 für kreisfreie Städte 50,49 Euro und für Landkreise 54,96 Euro“.

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215), wird wie folgt geändert:

1. In § 24 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „zustünden“ ein Komma und die Worte „mindestens jedoch 150 Euro monatlich“ eingefügt.
2. Die Anlage 1 (zu § 2) wird wie folgt geändert:
 - a) In der Niedersächsischen Besoldungsordnung A wird in der Besoldungsgruppe 15 dem Amt „Realschulrektorin, Realschulrektor“ der Funktionszusatz „— als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung —“ angefügt.
 - b) Die Niedersächsische Besoldungsordnung B wird wie folgt geändert:
 - aa) In der Besoldungsgruppe 2 wird das Amt „Direktorin oder Direktor des Servicezentrums Landentwicklung und Agrarförderung“ eingefügt.
 - bb) In der Besoldungsgruppe 6 wird das Amt „Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für den Datenschutz“ gestrichen.
 - cc) In der Besoldungsgruppe 7 wird das Amt „Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für den Datenschutz“ eingefügt.

Artikel 4

Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2015/2016 (NBVAnpG 2015/2016)

§ 1

Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten des Landes, der Kommunen des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richterinnen und Richter des Landes mit Wirkung vom 1. Juni 2015 und 1. Juni 2016; ausgenommen sind die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden, und die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

§ 2

Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge
im Jahr 2015

(1) Um 2,5 Prozent werden mit Wirkung vom 1. Juni 2015 erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeiträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466), und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 6 der Vorbemerkungen der Anlage 1 zum Niedersächsischen Besoldungsgesetz in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 477),
4. die Anwärtergrundbeträge,
5. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
6. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
7. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3926),
8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
9. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes,
10. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen des Auslandszuschlags,

11. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach Anlage 10 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und
12. die Zuschläge nach den §§ 58 bis 61 des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215).

(2) ¹Die Erhöhung nach Absatz 1 gilt entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung zugrunde liegt. ²Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. ³Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Juni 2015 um 2,4 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. ⁴Satz 3 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern und
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

⁵Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um 57,38 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

§ 3

Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge
im Jahr 2016

¹Um 2,0 Prozent werden mit Wirkung vom 1. Juni 2016 die sich aus § 2 Abs. 1 ergebenden Bezügebestandteile und die Versorgungsbezüge nach § 2 Abs. 2 Sätze 1 und 2 erhöht. ²Die Versorgungsbezüge, die sich aus § 2 Abs. 2 Sätze 3 und 4 ergeben, werden ab 1. Juni 2016 um 1,9 Prozent erhöht. ³Das sich aus § 2 Abs. 2 Satz 5 ergebende Grundgehalt vermindert sich ab 1. Juni 2016 um 58,53 Euro.

Artikel 5

Weitere Änderung des
Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Die Anlagen 2 bis 10 (zu § 12 Abs. 1) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:

Gültig ab 1. Juni 2015

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | 2-Jahres-Rhythmus | | | | 3-Jahres-Rhythmus | | | | 4-Jahres-Rhythmus | | | |
|------------------|-------------------|----------|----------|----------|-------------------|----------|----------|----------|-------------------|----------|----------|----------|
| | Stufe | | | | | | | | | | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| A 2 | 1 815,44 | 1 858,27 | 1 901,13 | 1 943,95 | 1 986,78 | 2 029,64 | 2 072,49 | | | | | |
| A 3 | 1 889,42 | 1 935,01 | 1 980,59 | 2 026,15 | 2 071,75 | 2 117,34 | 2 162,91 | | | | | |
| A 4 | 1 931,38 | 1 985,07 | 2 038,71 | 2 092,38 | 2 146,04 | 2 199,74 | 2 253,35 | | | | | |
| A 5 | 1 946,66 | 2 015,38 | 2 068,76 | 2 122,15 | 2 175,54 | 2 228,93 | 2 282,32 | 2 335,72 | | | | |
| A 6 | 1 991,77 | 2 050,40 | 2 109,03 | 2 167,64 | 2 226,24 | 2 284,88 | 2 343,50 | 2 402,13 | 2 460,73 | | | |
| A 7 | 2 077,46 | 2 130,14 | 2 203,91 | 2 277,67 | 2 351,44 | 2 425,20 | 2 498,98 | 2 551,65 | 2 604,32 | 2 657,04 | | |
| A 8 | | 2 204,99 | 2 268,02 | 2 362,55 | 2 457,08 | 2 551,60 | 2 646,16 | 2 709,18 | 2 772,17 | 2 835,20 | 2 898,21 | |
| A 9 | | 2 346,50 | 2 408,51 | 2 509,39 | 2 610,28 | 2 711,18 | 2 812,07 | 2 881,40 | 2 950,79 | 3 020,13 | 3 089,48 | |
| A 10 | | 2 525,14 | 2 611,30 | 2 740,55 | 2 869,84 | 2 999,09 | 3 128,35 | 3 214,52 | 3 300,69 | 3 386,85 | 3 473,03 | |
| A 11 | | | 2 904,45 | 3 036,88 | 3 169,32 | 3 301,78 | 3 434,23 | 3 522,55 | 3 610,83 | 3 699,15 | 3 787,44 | 3 875,73 |
| A 12 | | | 3 120,44 | 3 278,36 | 3 436,24 | 3 594,18 | 3 752,08 | 3 857,36 | 3 962,61 | 4 067,90 | 4 173,16 | 4 278,45 |
| A 13 | | | 3 507,07 | 3 677,60 | 3 848,13 | 4 018,64 | 4 189,14 | 4 302,84 | 4 416,52 | 4 530,20 | 4 643,89 | 4 757,57 |
| A 14 | | | 3 648,33 | 3 869,49 | 4 090,60 | 4 311,71 | 4 532,84 | 4 680,26 | 4 827,68 | 4 975,07 | 5 122,51 | 5 269,95 |
| A 15 | | | | | | 4 737,36 | 4 980,45 | 5 174,96 | 5 369,44 | 5 563,94 | 5 758,44 | 5 952,92 |
| A 16 | | | | | | 5 227,89 | 5 509,04 | 5 733,99 | 5 958,95 | 6 183,89 | 6 408,81 | 6 633,74 |

Gültig ab 1. Juni 2015

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | |
|------------------|-----------|
| B 1 | 5 952,92 |
| B 2 | 6 918,34 |
| B 3 | 7 327,02 |
| B 4 | 7 755,12 |
| B 5 | 8 246,22 |
| B 6 | 8 709,98 |
| B 7 | 9 161,12 |
| B 8 | 9 631,31 |
| B 9 | 10 114,39 |
| B 10 | 11 909,41 |

Gültig ab 1. Juni 2015

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | W 1 | W 2 | W 3 |
|------------------|----------|----------|----------|
| | 4 137,82 | 5 369,44 | 5 841,21 |

Gültig ab 1. Juni 2015

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | Stufe | | | | | | | | | | | |
|------------------|-------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| | Lebensalter | | | | | | | | | | | |
| | 27 | 29 | 31 | 33 | 35 | 37 | 39 | 41 | 43 | 45 | 47 | 49 |
| R 1 | 3 763,26 | 3 933,78 | 4 023,55 | 4 255,12 | 4 486,67 | 4 718,25 | 4 949,82 | 5 181,40 | 5 412,95 | 5 644,54 | 5 876,09 | 6 107,67 |
| R 2 | | | 4 577,89 | 4 809,44 | 5 041,02 | 5 272,58 | 5 504,16 | 5 735,71 | 5 967,28 | 6 198,82 | 6 430,41 | 6 661,95 |
| R 3 | 7 327,02 | | | | | | | | | | | |
| R 4 | 7 755,12 | | | | | | | | | | | |
| R 5 | 8 246,22 | | | | | | | | | | | |
| R 6 | 8 709,98 | | | | | | | | | | | |
| R 7 | 9 161,12 | | | | | | | | | | | |
| R 8 | 9 631,31 | | | | | | | | | | | |

Gültig ab 1. Juni 2015
Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | Stufe | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
| C 1 | 3 279,73 | 3 393,42 | 3 507,07 | 3 620,75 | 3 734,45 | 3 848,13 | 3 961,80 | 4 075,47 | 4 189,14 | 4 302,84 | 4 416,52 | 4 530,20 | 4 643,89 | 4 757,57 | 5 823,18 |
| C 2 | 3 286,79 | 3 467,97 | 3 649,14 | 3 830,35 | 4 011,48 | 4 192,66 | 4 373,83 | 4 555,01 | 4 736,17 | 4 917,34 | 5 098,48 | 5 279,66 | 5 460,82 | 5 642,01 | 6 486,98 |
| C 3 | 3 615,10 | 3 820,24 | 4 025,38 | 4 230,53 | 4 435,66 | 4 640,81 | 4 845,90 | 5 051,06 | 5 256,19 | 5 461,33 | 5 666,45 | 5 871,58 | 6 076,70 | 6 281,84 | 7 467,79 |
| C 4 | 4 580,86 | 4 787,06 | 4 993,27 | 5 199,49 | 5 405,71 | 5 611,91 | 5 818,12 | 6 024,30 | 6 230,52 | 6 436,72 | 6 642,95 | 6 849,15 | 7 055,38 | 7 261,57 | |

Anlage 4

Gültig ab 1. Juni 2015

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

| | |
|---|----------|
| Einstiegsamt, in das die Beamtin oder der Beamte im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt | |
| A 2 bis A 4 | 912,64 |
| A 5 bis A 8 | 1 039,97 |
| A 9 bis A 11 | 1 096,89 |
| A 12 | 1 244,27 |
| A 13 | 1 277,80 |
| A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1 | 1 314,62 |

Anlage 5

Gültig ab 1. Juni 2015

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

| | Stufe 1 (\$ 40 Abs. 1 BBesG) | Stufe 2 (\$ 40 Abs. 2 BBesG) |
|---|---------------------------------|---------------------------------|
| Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 übrige Besoldungsgruppen | 120,62 126,66 | 228,93 234,97 |

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 108,31 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 296,57 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 6

Gültig ab 1. Juni 2015

Amtszulagen und allgemeine Stellenzulage
(Monatsbeträge in Euro)**Amtszulagen**

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|--|----------------|---|
| Bundesbesoldungsordnungen A und B | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 21 | | 213,47 |
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| A 2 | 1 | 36,80 |
| | 3 | 67,87 |
| A 3 | 1, 5 | 67,87 |
| | 2 | 36,80 |
| | 7 | 34,29 |
| A 4 | 1, 4 | 67,87 |
| | 2 | 36,80 |
| | 5 | 7,39 |
| A 5 | 3 | 36,80 |
| | 4, 6 | 67,87 |
| A 6 | 6 | 36,80 |
| A 7 | 2 | 45,68 |
| | 5 | 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8 |
| A 8 | 2 | 58,88 |
| A 9 | 2, 3, 6 | 273,96 |
| A 12 | 7, 8 | 159,12 |
| A 13 | 6 | 127,25 |
| | 7 | 190,89 |
| | 11, 12, 13 | 278,40 |
| A 14 | 5 | 190,89 |
| A 15 | 7 | 190,89 |

Allgemeine Stellenzulage

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|--|--|-------|
| Bundesbesoldungsordnungen A und B | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 27 | | |
| Abs. 1 | | |
| Buchstabe a | | |
| Doppelbuchstabe aa | | 19,70 |
| Doppelbuchstabe bb | | 77,08 |
| Buchstabe b | | 85,68 |
| Buchstabe c | | 85,68 |
| Abs. 2 | | |
| Buchstabe a | | |
| Doppelbuchstabe bb | | 57,39 |
| Buchstabe b und c | | 85,68 |
| Niedersächsische Besoldungsordnungen A, B, C, W und R | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 6 | | 85,68 |

Anlage 7

Gültig ab 1. Juni 2015

Stellenzulagen und Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)

— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|------------------------------------|----------------|--|
| Bundesbesoldungsordnung C | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 2 b | | 85,68 |
| Nummer 3 | | |
| Die Zulage beträgt | | 12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*) |
| für Beamte der Besoldungsgruppe(n) | | |
| C 1 | | A 13 |
| C 2 | | A 15 |
| C 3 und C 4 | | B 3 |
| Nummer 5 | | |
| wenn ein Amt ausgeübt wird | | |
| der Besoldungsgruppe R 1 | | 205,54 |
| der Besoldungsgruppe R 2 | | 230,08 |
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| C 2 | 1 | 104,32 |

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 8

Gültig ab 1. Juni 2015

**Amtszulagen und Stellenzulagen
nach Anlage 1 zum NBesG
(Monatsbeträge in Euro)**

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|-----------------------------|----------------------|--------|
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| A 5 | 2 | 67,87 |
| A 9 | 1 | 273,96 |
| A 10 | 3 | 127,25 |
| A 12 | 2 | 73,61 |
| A 12 | 3 | 159,12 |
| A 13 | 2 | 190,89 |
| A 13 | 5 | 89,80 |
| A 13 | 7 | 159,12 |
| A 13 | 8 | 47,27 |
| A 14 | 1 | 47,27 |
| A 14 | 3 | 190,89 |
| A 15 | 3 | 190,89 |
| A 10 Anhang | 2 | 127,25 |
| A 10 Anhang | 3 | 124,73 |
| A 12 Anhang | 1 | 73,61 |
| A 13 Anhang | 1 | 127,25 |
| A 16 Anhang | 1 | 213,47 |
| B 9 | 1 | 783,45 |
| R 1 | 1 bis 5 | 211,03 |
| R 2 | 1 bis 4, 6, 9, 10 | 211,03 |
| R 3 | 5, 7 | 211,03 |

**Zulage für Richterinnen, Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen
des Bundes sowie bei obersten Bundesbehörden**

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|---|--|--|
| Vorbemerkung Nummer 7 | | |
| Die Zulage beträgt | | 12,5 v. H. des Endgrund- gehalts oder, bei festen Gehältern, des Grund- gehalts der Besoldungs- gruppe*) |
| a) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n) | | |
| R 1 | | R 1 |
| R 2 bis R 4 | | R 3 |
| R 5 bis R 7 | | R 6 |
| R 8 | | R 8 |
| b) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt nicht übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n) | | |
| R 1 | | A 15 |
| R 2 bis R 4 | | B 3 |
| R 5 bis R 7 | | B 6 |
| R 8 | | B 8 |

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 9

Gültig ab 1. Juni 2015

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Grund- gehalls- spanne | | | | | | | | | | | | | | | |
| von — | 1 968,89 | 1 968,89 | 2 231,41 | 2 529,70 | 2 868,60 | 3 253,67 | 3 691,18 | 4 188,30 | 4 753,14 | 5 394,93 | 6 124,12 | 6 952,67 | 7 894,07 | 8 963,70 | 10 179,02 |
| bis | 1 968,88 | 2 231,40 | 2 529,69 | 2 868,59 | 3 253,66 | 3 691,17 | 4 188,29 | 4 753,13 | 5 394,92 | 6 124,11 | 6 952,66 | 7 894,06 | 8 963,69 | 10 179,01 | |

Anlage 10

Gültig ab 1. Juni 2015

Mehrarbeitsvergütung
(Beträge in Euro)

| § 4 Abs. 1 MVergV | |
|-------------------|-------|
| Besoldungsgruppen | |
| A 2 bis A 4 | 11,99 |
| A 5 bis A 8 | 14,16 |
| A 9 bis A 12 | 19,42 |
| A 13 bis A 16 | 26,79 |
| § 4 Abs. 3 MVergV | |
| Nummer 1 | 18,07 |
| Nummer 2 | 22,42 |
| Nummer 3 | 26,59 |
| Nummern 4 und 5 | 31,07 |

“.

Artikel 6

Weitere Änderung
des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Die Anlagen 2 bis 10 (zu § 12 Abs. 1) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:

Gültig ab 1. Juni 2016

1. Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | 2-Jahres-Rhythmus | | | | 3-Jahres-Rhythmus | | | | 4-Jahres-Rhythmus | | | |
|------------------|-------------------|----------|----------|----------|-------------------|----------|----------|----------|-------------------|----------|----------|----------|
| | Stufe | | | | | | | | | | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| A 2 | 1 851,75 | 1 895,44 | 1 939,15 | 1 982,83 | 2 026,52 | 2 070,23 | 2 113,94 | | | | | |
| A 3 | 1 927,21 | 1 973,71 | 2 020,20 | 2 066,67 | 2 113,19 | 2 159,69 | 2 206,17 | | | | | |
| A 4 | 1 970,01 | 2 024,77 | 2 079,48 | 2 134,23 | 2 188,96 | 2 243,73 | 2 298,42 | | | | | |
| A 5 | 1 985,59 | 2 055,69 | 2 110,14 | 2 164,59 | 2 219,05 | 2 273,51 | 2 327,97 | 2 382,43 | | | | |
| A 6 | 2 031,61 | 2 091,41 | 2 151,21 | 2 210,99 | 2 270,76 | 2 330,58 | 2 390,37 | 2 450,17 | 2 509,94 | | | |
| A 7 | 2 119,01 | 2 172,74 | 2 247,99 | 2 323,22 | 2 398,47 | 2 473,70 | 2 548,96 | 2 602,68 | 2 656,41 | 2 710,18 | | |
| A 8 | | 2 249,09 | 2 313,38 | 2 409,80 | 2 506,22 | 2 602,63 | 2 699,08 | 2 763,36 | 2 827,61 | 2 891,90 | 2 956,17 | |
| A 9 | | 2 393,43 | 2 456,68 | 2 559,58 | 2 662,49 | 2 765,40 | 2 868,31 | 2 939,03 | 3 009,81 | 3 080,53 | 3 151,27 | |
| A 10 | | 2 575,64 | 2 663,53 | 2 795,36 | 2 927,24 | 3 059,07 | 3 190,92 | 3 278,81 | 3 366,70 | 3 454,59 | 3 542,49 | |
| A 11 | | | 2 962,54 | 3 097,62 | 3 232,71 | 3 367,82 | 3 502,91 | 3 593,00 | 3 683,05 | 3 773,13 | 3 863,19 | 3 953,24 |
| A 12 | | | 3 182,85 | 3 343,93 | 3 504,96 | 3 666,06 | 3 827,12 | 3 934,51 | 4 041,86 | 4 149,26 | 4 256,62 | 4 364,02 |
| A 13 | | | 3 577,21 | 3 751,15 | 3 925,09 | 4 099,01 | 4 272,92 | 4 388,90 | 4 504,85 | 4 620,80 | 4 736,77 | 4 852,72 |
| A 14 | | | 3 721,30 | 3 946,88 | 4 172,41 | 4 397,94 | 4 623,50 | 4 773,87 | 4 924,23 | 5 074,57 | 5 224,96 | 5 375,35 |
| A 15 | | | | | | 4 832,11 | 5 080,06 | 5 278,46 | 5 476,83 | 5 675,22 | 5 873,61 | 6 071,98 |
| A 16 | | | | | | 5 332,45 | 5 619,22 | 5 848,67 | 6 078,13 | 6 307,57 | 6 536,99 | 6 766,41 |

Gültig ab 1. Juni 2016

2. Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | |
|------------------|-----------|
| B 1 | 6 071,98 |
| B 2 | 7 056,71 |
| B 3 | 7 473,56 |
| B 4 | 7 910,22 |
| B 5 | 8 411,14 |
| B 6 | 8 884,18 |
| B 7 | 9 344,34 |
| B 8 | 9 823,94 |
| B 9 | 10 316,68 |
| B 10 | 12 147,60 |

Gültig ab 1. Juni 2016

3. Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | W 1 | W 2 | W 3 |
|------------------|----------|----------|----------|
| | 4 220,58 | 5 476,83 | 5 958,03 |

Gültig ab 1. Juni 2016

4. Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | Stufe | | | | | | | | | | | |
|------------------|-------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| | Lebensalter | | | | | | | | | | | |
| | 27 | 29 | 31 | 33 | 35 | 37 | 39 | 41 | 43 | 45 | 47 | 49 |
| R 1 | 3 838,53 | 4 012,46 | 4 104,02 | 4 340,22 | 4 576,40 | 4 812,62 | 5 048,82 | 5 285,03 | 5 521,21 | 5 757,43 | 5 993,61 | 6 229,82 |
| R 2 | | | 4 669,45 | 4 905,63 | 5 141,84 | 5 378,03 | 5 614,24 | 5 850,42 | 6 086,63 | 6 322,80 | 6 559,02 | 6 795,19 |
| R 3 | 7 473,56 | | | | | | | | | | | |
| R 4 | 7 910,22 | | | | | | | | | | | |
| R 5 | 8 411,14 | | | | | | | | | | | |
| R 6 | 8 884,18 | | | | | | | | | | | |
| R 7 | 9 344,34 | | | | | | | | | | | |
| R 8 | 9 823,94 | | | | | | | | | | | |

Gültig ab 1. Juni 2016
Besoldungsordnung C

Anlage 3

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | Stufe | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
| C 1 | 3 345,32 | 3 461,29 | 3 577,21 | 3 693,17 | 3 809,14 | 3 925,09 | 4 041,04 | 4 156,98 | 4 272,92 | 4 338,90 | 4 504,85 | 4 620,80 | 4 736,77 | 4 852,72 | 5 939,64 |
| C 2 | 3 352,53 | 3 537,33 | 3 722,12 | 3 906,96 | 4 091,71 | 4 276,51 | 4 461,31 | 4 646,11 | 4 830,89 | 5 015,69 | 5 200,45 | 5 385,25 | 5 570,04 | 5 754,85 | 6 616,72 |
| C 3 | 3 687,40 | 3 896,64 | 4 105,89 | 4 315,14 | 4 524,37 | 4 733,63 | 4 942,82 | 5 152,08 | 5 361,31 | 5 570,56 | 5 779,78 | 5 989,01 | 6 198,23 | 6 407,48 | 7 617,15 |
| C 4 | 4 672,48 | 4 882,80 | 5 093,14 | 5 303,48 | 5 513,82 | 5 724,15 | 5 934,48 | 6 144,79 | 6 355,13 | 6 565,45 | 6 775,81 | 6 986,13 | 7 196,49 | 7 406,80 | |

Nds. GVBl. Nr. 27/2014, ausgegeben am 30. 12. 2014

Anlage 4

Gültig ab 1. Juni 2016

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

| | |
|---|----------|
| Einstiegsamt, in das die Beamtin oder der Beamte im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt | |
| A 2 bis A 4 | 930,89 |
| A 5 bis A 8 | 1 060,77 |
| A 9 bis A 11 | 1 118,83 |
| A 12 | 1 269,16 |
| A 13 | 1 303,36 |
| A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1 | 1 340,91 |

Anlage 5

Gültig ab 1. Juni 2016

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

| | Stufe 1 (\$ 40 Abs. 1 BBesG) | Stufe 2 (\$ 40 Abs. 2 BBesG) |
|---|---------------------------------|---------------------------------|
| Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 übrige Besoldungsgruppen | 123,04 129,20 | 233,51 239,67 |

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 110,47 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 302,50 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 6

Gültig ab 1. Juni 2016

Amtszulagen und allgemeine Stellenzulage
(Monatsbeträge in Euro)**Amtszulagen**

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|--|----------------|---|
| Bundesbesoldungsordnungen A und B | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 21 | | 217,74 |
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| A 2 | 1 | 37,54 |
| | 3 | 69,23 |
| A 3 | 1, 5 | 69,23 |
| | 2 | 37,54 |
| | 7 | 34,98 |
| A 4 | 1, 4 | 69,23 |
| | 2 | 37,54 |
| | 5 | 7,54 |
| A 5 | 3 | 37,54 |
| | 4, 6 | 69,23 |
| A 6 | 6 | 37,54 |
| A 7 | 2 | 46,59 |
| | 5 | 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8 |
| A 8 | 2 | 60,06 |
| A 9 | 2, 3, 6 | 279,44 |
| A 12 | 7, 8 | 162,30 |
| A 13 | 6 | 129,80 |
| | 7 | 194,71 |
| | 11, 12, 13 | 283,97 |
| A 14 | 5 | 194,71 |
| A 15 | 7 | 194,71 |

Allgemeine Stellenzulage

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|--|--|--------|
| Bundesbesoldungsordnungen A und B | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 27 | | |
| Abs. 1 | | |
| Buchstabe a | | |
| Doppelbuchstabe aa | | 60,06 |
| Doppelbuchstabe bb | | 279,44 |
| Buchstabe b | | 162,30 |
| Buchstabe c | | 129,80 |
| Abs. 2 | | |
| Buchstabe a | | |
| Doppelbuchstabe bb | | 58,54 |
| Buchstabe b und c | | 87,39 |
| Niedersächsische Besoldungsordnungen A, B, C, W und R | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 6 | | 87,39 |

Anlage 7

Gültig ab 1. Juni 2016

Stellenzulagen und Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)

— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|------------------------------------|----------------|--|
| Bundesbesoldungsordnung C | | |
| Vorbemerkungen | | |
| Nummer 2 b | | 87,39 |
| Nummer 3 | | |
| Die Zulage beträgt | | 12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*) |
| für Beamte der Besoldungsgruppe(n) | | |
| C 1 | | A 13 |
| C 2 | | A 15 |
| C 3 und C 4 | | B 3 |
| Nummer 5 | | |
| wenn ein Amt ausgeübt wird | | |
| der Besoldungsgruppe R 1 | | 205,54 |
| der Besoldungsgruppe R 2 | | 230,08 |
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| C 2 | 1 | 104,32 |

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 8

Gültig ab 1. Juni 2016

**Amtszulagen und Stellenzulagen
nach Anlage 1 zum NBesG
(Monatsbeträge in Euro)**

| Dem Grunde nach geregelt in | | |
|-----------------------------|----------------------|--------|
| Besoldungsgruppe | Fußnote | |
| A 5 | 2 | 69,23 |
| A 9 | 1 | 279,44 |
| A 10 | 3 | 129,80 |
| A 12 | 2 | 75,08 |
| A 12 | 3 | 162,30 |
| A 13 | 2 | 194,71 |
| A 13 | 5 | 91,60 |
| A 13 | 7 | 162,30 |
| A 13 | 8 | 47,27 |
| A 14 | 1 | 47,27 |
| A 14 | 3 | 194,71 |
| A 15 | 3 | 194,71 |
| A 10 Anhang | 2 | 129,80 |
| A 10 Anhang | 3 | 127,22 |
| A 12 Anhang | 1 | 75,08 |
| A 13 Anhang | 1 | 129,80 |
| A 16 Anhang | 1 | 217,74 |
| B 9 | 1 | 799,12 |
| R 1 | 1 bis 5 | 215,25 |
| R 2 | 1 bis 4, 6, 9, 10 | 215,25 |
| R 3 | 5, 7 | 215,25 |

**Zulage für Richterinnen, Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen
des Bundes sowie bei obersten Bundesbehörden**

| Dem Grunde nach geregelt in | |
|---|--|
| Vorbemerkung Nummer 7 | |
| Die Zulage beträgt | 12,5 v. H. des Endgrund- gehalts oder, bei festen Gehältern, des Grund- gehalts der Besoldungs- gruppe*) |
| a) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n) | |
| R 1 | R 1 |
| R 2 bis R 4 | R 3 |
| R 5 bis R 7 | R 6 |
| R 8 | R 8 |
| b) für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, denen ein Richteramt nicht übertragen ist, der Besoldungsgruppe(n) | |
| R 1 | A 15 |
| R 2 bis R 4 | B 3 |
| R 5 bis R 7 | B 6 |
| R 8 | B 8 |

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 9

Gültig ab 1. Juni 2016

Auslandsbesoldung
(Monatsbeträge in Euro)

| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Grund- gehalls- spanne | | | | | | | | | | | | | | | |
| von — | | 2 008,27 | 2 276,04 | 2 580,29 | 2 925,97 | 3 318,74 | 3 765,00 | 4 272,07 | 4 848,20 | 5 502,83 | 6 246,60 | 7 091,72 | 8 051,95 | 9 142,97 | 10 382,60 |
| bis | 2 008,26 | 2 276,03 | 2 580,28 | 2 925,96 | 3 318,73 | 3 764,99 | 4 272,06 | 4 848,19 | 5 502,82 | 6 246,59 | 7 091,71 | 8 051,94 | 9 142,96 | 10 382,59 | |

Anlage 10

Gültig ab 1. Juni 2016

Mehrarbeitsvergütung
(Beträge in Euro)

| § 4 Abs. 1 MVergV | |
|-------------------|-------|
| Besoldungsgruppen | |
| A 2 bis A 4 | 12,23 |
| A 5 bis A 8 | 14,44 |
| A 9 bis A 12 | 19,81 |
| A 13 bis A 16 | 27,33 |
| § 4 Abs. 3 MVergV | |
| Nummer 1 | 18,43 |
| Nummer 2 | 22,87 |
| Nummer 3 | 27,12 |
| Nummern 4 und 5 | 31,69 |

“.

Artikel 7

Änderung des
Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2014 (Nds. GVBl. S. 215), erhält folgende Fassung:

„Anlage
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. Juni 2015

Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,51 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

- | | |
|--|------------|
| 1. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a | 0,83 Euro, |
| 2. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b | 0,64 Euro. |

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,68 Euro, für weitere Monate 0,83 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer oder eines

- | | |
|---|------------|
| 1. Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs — SGB XI —), wenn sie oder er mindestens | |
| a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 2,01 Euro, |
| b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,52 Euro, |
| c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,01 Euro; |
| 2. Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI), wenn sie oder er mindestens | |
| a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,34 Euro, |
| b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 0,91 Euro; |
| 3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 SGB XI) | 0,67 Euro. |

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,83 Euro.“

Artikel 8

Weitere Änderung
des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 7 dieses Gesetzes, erhält folgende Fassung:

„Anlage
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. Juni 2016

Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,56 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

- | | |
|--|------------|
| 1. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a | 0,85 Euro, |
| 2. im Fall von § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b | 0,65 Euro. |

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,71 Euro, für weitere Monate 0,85 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer oder eines

- | | |
|---|------------|
| 1. Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs — SGB XI —), wenn sie oder er mindestens | |
| a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 2,05 Euro, |
| b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,55 Euro, |
| c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,03 Euro; |
| 2. Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI), wenn sie oder er mindestens | |
| a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 1,37 Euro, |
| b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird, | 0,93 Euro; |
| 3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 SGB XI) | 0,68 Euro. |

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,85 Euro.“

Artikel 9

Änderung des
Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes

§ 6 Abs. 3 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 402), erhält folgende Fassung:

„(3) Für die Haushaltsjahre ab 2014 müssen Zuführungen an das Sondervermögen nicht mehr geleistet werden.“

Artikel 10

Änderung des Gesetzes
über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen

§ 5 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen vom 13. Dezember 2007 (Nds. GVBl. S. 712), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 436), erhält folgende Fassung:

„3. Gewährung von Darlehen und anderen Finanzierungsformen an kommunale Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände;“.

Artikel 11

Änderung des Gesetzes
über Tageseinrichtungen für Kinder

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in der Fassung vom 7. Februar 2002 (Nds. GVBl. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 431), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 2 Halbsatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Sozialassistentin“ und dem Wort „Sozialassistent“ die Worte „mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik“ eingefügt.
 - b) Es wird der folgende neue Absatz 4 eingefügt:

„(4) ¹In jeder Krippengruppe mit mindestens elf belegten Plätzen muss darüber hinaus ab dem 1. August 2020 eine dritte Fach- oder Betreuungskraft regelmäßig tätig sein. ²Sie muss Sozialassistentin mit dem Schwerpunkt

Sozialpädagogik, Sozialassistent mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik oder eine sozialpädagogische Fachkraft sein. ³Absatz 3 Sätze 3 und 4 gilt entsprechend, Satz 4 jedoch nur, wenn er nicht bereits auf die zweite Kraft angewandt wurde.“

- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 werden die Worte „zweiten Kräften in den Gruppen“ durch die Worte „weiteren Kräften nach § 4 Abs. 3 und 4“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 4 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 4 Abs. 5“ ersetzt.
3. In § 16 Abs. 3 werden die Worte „und die zweiten Kräfte“ durch die Worte „sowie für die zweite und die dritte Kraft“ ersetzt.
4. § 16 a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:
- Die Worte „Krippen und Kleine“ werden durch die Worte „Kräfte in Krippengruppen und in Kleinen“ ersetzt und die Worte „in Höhe von 46 vom Hundert ab 1. Februar 2013 und“ sowie die Worte „ab 1. August 2013“ werden gestrichen.
- bb) Es werden die folgenden Sätze 2 bis 5 angefügt:
- „²Für eine dritte regelmäßig tätige Fach- oder Betreuungskraft nach § 4 Abs. 4 Satz 1 gewährt das Land abweichend von Satz 1 eine Finanzhilfe in Höhe von 100 vom Hundert. ³Die Finanzhilfe nach Satz 2 wird für die vertraglich zu erbringenden Wochenarbeitsstunden, höchstens jedoch für die Betreuungszeit der Krippengruppe, nicht aber für mehr als 20 Stunden (Höchststundenzahl) wöchentlich je Krippengruppe gewährt. ⁴In der Höchststundenzahl können höchstens 2,5 Stunden als Verfügungszeit bei der Bemessung der Finanzhilfe berücksichtigt werden. ⁵Die Höchststundenzahl erhöht sich ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 jährlich um drei Stunden; ab dem 1. August 2020 wird die Finanzhilfe ohne Beschränkung auf eine Höchststundenzahl gewährt.“
- b) In Absatz 2 werden die Worte „ab 1. Februar 2013 um 2,0 vom Hundert je Kind und ab 1. August 2013“ gestrichen.
5. Dem § 23 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:
- „(3) § 4 Abs. 3 Satz 2 gilt nicht für Fach- oder Betreuungskräfte, welche Sozialassistentinnen und Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Haus- und Familienpflege oder Persönliche Assistenz sind und am 31. Dezember 2014 als Fach- oder Betreuungskraft beschäftigt sind; die §§ 16 und 16 a gelten entsprechend.
- (4) ¹§ 4 Abs. 4 Sätze 2 und 3 gilt in einer Krippengruppe nicht für dritte Fach- oder Betreuungskräfte, welche
1. Sozialassistentinnen und Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Haus- und Familienpflege oder Persönliche Assistenz,
 2. Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger,
 3. Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger sowie
 4. andere als die in den Nummern 1 bis 3 genannten und nicht im Sinne des § 4 geeignete Fach- oder Betreuungskräfte

sind und mindestens seit dem 1. September 2014 ununterbrochen bis zum 31. Dezember 2014 als Fach- oder Betreuungskraft in einer Krippengruppe tätig waren; § 16 a Abs. 1 Sätze 2 bis 5 gilt entsprechend. ²Für Kräfte nach Satz 1 Nr. 4 wird eine Finanzhilfe längstens bis zum 31. Juli 2020 gewährt.“

Artikel 12

Änderung der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe

§ 5 der Verordnung über Mindestanforderungen an besondere Tageseinrichtungen für Kinder sowie über die Durchführung der Finanzhilfe vom 16. Juli 2002 (Nds. GVBl. S. 353), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 431), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:
- „²Abweichend von Satz 1 sind für die Berechnung des Finanzhilfebetrags für die Fach- und Betreuungskräfte nach § 4 Abs. 4 Satz 1 KiTaG anstelle der vertraglich zu erbringenden regelmäßigen Wochenarbeitsstunden die Stunden zugrunde zu legen, für die nach § 16 a Abs. 1 Sätze 3 bis 5 KiTaG Finanzhilfe gewährt wird.“
- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
- c) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „Satz 1“ durch die Worte „den Sätzen 1 und 2“ ersetzt.
2. Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 Buchst. a wird das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ ersetzt.
- bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Buchstabe a werden das Wort „Betreuungskraft“ durch die Worte „Fach- oder Betreuungskraft“ und am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
- bbb) Es wird der folgende neue Buchstabe b eingefügt:
- „b) in einer Krippengruppe als dritte Fach- oder Betreuungskraft oder“.
- ccc) Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.
- b) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:
- „³Auf den Personenkreis nach § 23 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 KiTaG ist Satz 1 Nr. 2 und auf den Personenkreis nach § 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 KiTaG ist Satz 1 Nr. 3 anzuwenden.“

Artikel 13

Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes

Das Niedersächsische Wassergesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. August 2014 (Nds. GVBl. S. 236), wird wie folgt geändert:

1. § 28 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:
- „5. Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele für das Grundwasser nach § 47 WHG,“.
- b) Die bisherigen Nummern 5 bis 9 werden Nummern 6 bis 10.

2. Die Anlage 2 (zu § 22 Abs. 1) erhält folgende Fassung:

„Anlage 2
(zu § 22 Abs. 1)

Verzeichnis der Gebühren für Wasserentnahmen

| Nr. | Verwendungszweck | Gebührensatz (Euro je Kubikmeter) |
|-----|---|---|
| 1 | Öffentliche Wasserversorgung | 0,075 |
| 2 | Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern | |
| 2.1 | zur Kühlung | 0,013 |
| 2.2 | zur Beregnung und Berieselung | 0,007 |
| 2.3 | zu sonstigen Zwecken | 0,030 |
| 3 | Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser | |
| 3.1 | zur Wasserhaltung | 0,037 |
| 3.2 | zur Kühlung | 0,037 |
| 3.3 | zur Beregnung und Berieselung | 0,007 |
| 3.4 | zur Fischhaltung | 0,004 |
| 3.5 | zu sonstigen Zwecken | 0,090 |

Artikel 14

Änderung des Artikels 1 Nr. 4 des Gesetzes
zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes
vom 25. September 2014

In Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes vom 25. September 2014 (Nds. GVBl. S. 266) erhält § 12 a folgende Fassung:

„§ 12 a

Erhebung personenbezogener Daten

¹Die nach § 12 Abs. 1 für die Förderung zuständigen Stellen können im Rahmen des Antrags- und des Abrechnungsverfahrens bei den Pflegeeinrichtungen Namen und Pflegestufe der pflegebedürftigen Personen sowie Daten über Art und Umfang der abgerechneten Leistungen erheben, um die Förderfähigkeit der Pflegeeinrichtungen nach § 9 oder § 10 dem Grunde oder der Höhe nach im Einzelfall zu überprüfen. ²Die Pflegeeinrichtungen sind verpflichtet, die nach Satz 1 bei ihnen angeforderten Daten zu übermitteln.“

Artikel 15

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs
und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

In § 4 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 310), werden nach dem Wort „Hundert“ ein Komma und die Worte „in den Jahren 2015 bis 2017 30,1 vom Hundert,“ eingefügt.

Artikel 16

Änderung des Gesetzes zur Errichtung der
Niedersächsischen Technischen Hochschule

Dem Gesetz zur Errichtung der Niedersächsischen Technischen Hochschule vom 15. Dezember 2008 (Nds. GVBl. S. 416), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 242), wird der folgende § 12 angefügt:

„§ 12

Nichtanwendung

(1) ¹Die §§ 1 bis 11 und die Ordnungen der NTH sind im Jahr 2015 nicht anzuwenden. ²Die Mitgliedschaften in den Organen der NTH und in der NTH-Studienkommission sowie die Amtszeit der Studiendekanin enden mit Ablauf des 31. Dezember 2014.

(2) ¹Vorhaben der NTH und gemeinsame Vorhaben der Mitgliedsuniversitäten der NTH in Forschung und Lehre bleiben von Absatz 1 unberührt. ²Vorhaben der NTH werden im Jahr 2015 von der Mitgliedsuniversität fortgeführt, die das Vorhaben hauptsächlich betreibt. ³Sind sich die Mitgliedsuniversitäten nicht darüber einig, wer das Vorhaben fortführt, so entscheidet das Fachministerium nach Anhörung der am Vorhaben beteiligten Mitgliedsuniversitäten.

(3) Im Jahr 2015 führt die Universität Hannover die sonstigen Geschäfte der NTH und verwaltet deren Haushaltsmittel.“

Artikel 17

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten

1. die Artikel 5 und 7 am 1. Juni 2015,
2. die Artikel 6 und 8 am 1. Juni 2016 und
3. Artikel 14 am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Hannover, den 18. Dezember 2014

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bernd Busemann

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Stephan Weil

Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015 — HG 2015 —)

Vom 18. Dezember 2014

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

¹Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 (Gesamtplan — **Anlage 1** —) wird in Einnahme und Ausgabe auf 28 382 896 000 Euro festgestellt. ²Die Summe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr 2015 hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird festgestellt auf 1 416 254 000 Euro.

§ 2

¹Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange die Übersichten nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LHO nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium gebilligt sind. ²Ausnahmen kann das Finanzministerium zulassen.

§ 3

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, im Haushaltsjahr 2015 Kredite vom Kreditmarkt zur Deckung von Ausgaben bis zur Höhe von 600 000 000 Euro aufzunehmen.

(2) Das Finanzministerium ist ferner ermächtigt, Landesmittel bis zur Höhe von 159 116 000 Euro für die nachfolgend genannten Fördermaßnahmen über einen Zeitraum bis zu zehn Jahren durch die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) finanzieren zu lassen:

1. Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 164 a und 164 b des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748),
2. Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschließlich Erstausrüstung mit Anlagegütern und Wiederbeschaffung von Anlagegütern nach § 9 Abs. 1 sowie Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 Abs. 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch Artikel 16 a des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133).

§ 4

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes bis zur Höhe von 2 032 000 000 Euro zu übernehmen.

(2) ¹Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich. ²Ausgenommen sind Bürgschaften und Garantien, die

1. nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen sowie den Grundsätzen bei der Übernahme von Bürgschaften für Schiffbaukredite,
2. nach den Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen für den Wohnungsbau einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,

3. zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für Finanzierungen innerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans und für Refinanzierungen,
4. nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für investive Maßnahmen landwirtschaftlicher Unternehmen in Niedersachsen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm),
5. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit im Programm INTERREG IV für Haushaltsjahre bis einschließlich 2015 bis zur Höhe von 19 594 000 Euro,
6. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit im Programm INTERREG V für Haushaltsjahre bis einschließlich 2023 bis zur Höhe von 46 816 000 Euro,
7. als Rückbürgschaften und Rückgarantien gegenüber der Niedersächsischen Bürgschaftsbank GmbH, Hannover, gegen komplementäre Erklärungen des Bundes übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium ist in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 2 ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.

§ 5

Der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 LHO zu bestimmende Betrag wird auf 5 100 000 Euro festgesetzt.

§ 6

(1) Die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von Personalausgaben werden durch die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2015 (Allgemeine Bestimmungen 2015) — **Anlage 2** — ergänzt.

(2) ¹In Kapiteln mit Personalkostenbudgetierung wird ein Beschäftigungsvolumen als Richtwert festgelegt. ²Es wird gebildet durch Umrechnung der Zahl der jahresdurchschnittlich mit Bezügen Beschäftigten in Vollzeiteinheiten pro Jahr. ³Das Finanzministerium ist ermächtigt, das Beschäftigungsvolumen infolge von über- oder außerplanmäßigen Erhöhungen des Personalkostenbudgets, Umsetzungen gemäß § 50 LHO, Vollzug von kw-Vermerken sowie zulässigen kapitelübergreifenden Verwendungen von Stellen zu verändern.

(3) ¹Die zur Finanzierung des Beschäftigungsvolumens erforderlichen Mittel werden kapitelweise in einem Personalkostenbudget zusammengefasst. ²Soweit Mittel im Personalkostenbudget zur Verfügung stehen, kann das Beschäftigungsvolumen überschritten werden, sofern unbeschadet des vorrangigen Personalabbaus durch die Verwaltungsmodernisierung sichergestellt ist, dass Ausgaben in Folgejahren nicht entstehen. ³Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Personalkostenbudgets aufgrund von wesentlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere bei Besoldungs- und Tarifierhöhungen, bis zur Höhe der in Kapitel 13 02 Titel 461 11 veranschlagten Mittel anzupassen; dies gilt auch für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(4) ¹Überschreitungen des Personalkostenbudgets vermindern das Personalkostenbudget im Folgejahr sowie in entsprechendem Umfang das Beschäftigungsvolumen. ²Satz 1 gilt nicht, wenn das Beschäftigungsvolumen eingehalten wurde; Erhöhungen des Beschäftigungsvolumens nach Nummer 6 Abs. 1 Satz 9 der Allgemeinen Bestimmungen bleiben unberücksichtigt. ³Satz 1 gilt auch nicht für die nach § 17 a LHO budgetierten Verwaltungsbereiche.

(5) ¹Die Absätze 2 bis 4 gelten ausschließlich für Kapitel mit Personalkostenbudgetierung. ²Das Personalkostenbudget umfasst die Titel 422 01, 422 10, 422 11, 422 19, 428 01, 428 02, 428 03, 428 05, 428 10, 428 11 und 428 27, soweit sie in den jeweiligen Kapiteln ausgebracht sind, sowie im Kapitel 03 14 den Titel 429 10. ³Abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a LHO bilden diese Titel innerhalb eines Kapitels sowie innerhalb der Kapitel 07 10 bis 07 18 einen eigenen Deckungskreis. ⁴Sonstige Vorschriften über die Bewirtschaftung von Personalausgaben und Stellen bleiben unberührt.

§ 7

¹Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes abweichend von den Bedarfsnachweisen des Haushaltsjahres 2014 zu den für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommenden Titeln genehmigt wurden, in den entsprechenden Bedarfsnachweisen darzustellen, soweit sie im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 noch nicht enthalten sind. ²Entsprechendes gilt

1. für Änderungen in den Stellenplänen aufgrund der Nummern 1 und 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2014,
2. für die im Haushaltsjahr 2014 nach den Haushaltsvermerken zu den Stellenplänen der Kapitel 06 13 bis 06 19, 06 22, 06 23, 06 31, 06 32 und 06 34 bis 06 38 in Auswirkung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung vom 26. Februar 2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 287), vorgenommenen Stellenumwandlungen.

§ 8

(1) ¹Werden Maßnahmen vom Land Niedersachsen und der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam finanziert, bei denen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, so kann das Finanzministerium Mehrausgaben ohne Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in Höhe von zweckgebundenen Mehreinnahmen über den im Haushaltsplan veranschlagten entsprechenden Landesanteil hinaus zulassen. ²§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 LHO ist nicht anzuwenden.

(2) ¹Mehrausgaben bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch welche die jeweils für die Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Landesmittel überschritten werden, dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden und müssen durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Einzelplans 08, 09 oder 15 oder durch für diesen Zweck bereitgestellte Mittel öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen gedeckt sein. ²Stellt der Bund zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bereit, so darf das zuständige Fachministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums zusätzliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Mitleistungsverhältnisses eingehen.

(3) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Mittel des Sondervermögens „Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen“ in Anspruch zu nehmen, um Mehrausgaben zu decken, die erforderlich sind, um den Verkauf landeseigener Liegenschaften oder wirtschaftliche Unterbringungskonzepte, die zur finanziellen Entlastung des Landeshaushalts beitragen, zu verwirklichen.

§ 9

(1) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.

(2) Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

§ 10

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Beträge, die von anderen als Landesbetrieben aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten in demselben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen;
2. Erstattungen von Personalausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt, sowie Zahlungen von Eingliederungszuschüssen durch die Bundesagentur für Arbeit;
3. Erstattungen bei folgenden Titeln — einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen und in nach § 17 a LHO budgetierten Kapiteln —:
 - a) Titel 511 01 und 518 02 — aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte —,
 - b) Titel 511 01 — aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen —,
 - c) Titel 514 01 — aus der privaten Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen —,
 - d) Titel 517 01 — aus Erstattungen Dritter —,
 - e) Titel 527 01, 527 02 und 525 01 — aus Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich sowie nach den Vorschriften über den öffentlichen Personenverkehr —;
4. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 sowie im Kapitel 06 04 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist;
5. Zahlungen aus dem öffentlichen Bereich sowie von öffentlichen Unternehmen, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Hochbaumaßnahmen im Einzelplan 20 sowie im Kapitel 06 04 geleistet werden;
6. Einnahmen aus Vereinbarungen nach § 34 b LHO;
7. Zuschüsse des Integrationsamtes aus der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht (Kapitel 50 51).

(2) Werden Gebührenanteile im Rahmen einer Kostenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) in der Fassung vom 25. April 2007 (Nds. GVBl. S. 172), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 2013 (Nds. GVBl. S. 254), an Behörden anderer Körperschaften abgeführt oder vom Kostenschuldner geleistete Erstattungen von Auslagen gemäß § 13 NVwKostG an andere Behörden weitergeleitet, so sind die Ausgaben abweichend von § 35 Abs. 1 LHO von der Einnahme abzusetzen.

(3) Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

§ 11

Aufgrund des § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Erhebung der Gewerbe- und der Grundsteuer in gemeindefreien Gebieten vom 2. Oktober 2008 (Nds. GVBl. S. 304) wird der Hebesatz für das Haushaltsjahr 2015 auf 420 Prozent festgesetzt.

§ 12

Für die im Zusammenhang mit der Initiative Niedersachsen veranschlagten Haushaltsmittel wird Folgendes bestimmt:

1. Abweichend von § 35 Abs. 2 LHO wird zugelassen, dass für die in Kapitel 13 98 bestimmten Zwecke Ausgaben aus verschiedenen Titeln des Haushalts geleistet werden.
2. Abweichend von § 45 Abs. 2 LHO können bei übertragbaren Ausgaben Ausgabereste gebildet werden, die auch über das zweitnächste Haushaltsjahr verfügbar bleiben.

§ 13

Abweichend von der Finanzierungsregelung des § 10 Abs. 4 des Niedersächsischen Bodenschutzgesetzes (NBodSchG) und ergänzend zu den Regelungen des § 11 NBodSchG können die unteren Bodenschutzbehörden zur Beschleunigung und Intensivierung der Aufgabenerledigung zu den Sachkosten für die Durchführung von orientierenden Untersuchungen nach § 9 Abs. 1 des Bundes-Bodenschutzgesetzes Zuwendungen nach Maßgabe einer Förderrichtlinie zum Schutz von Gewässern gegen Gefahren durch Altlasten erhalten.

§ 14

§ 4 Abs. 1 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen in der Fassung 16. Oktober 1997 (Nds. GVBl. S. 431), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (Nds. GVBl. S. 491), ist für das Haushaltsjahr 2015 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Zahl „50 000 000“ durch die Zahl „35 000 000“ ersetzt wird.

§ 15

Die Vorschriften und Ermächtigungen der §§ 4, 6, 9, 10 und 12 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2016 weiter.

§ 16

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Hannover, den 18. Dezember 2014

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bernd B u s e m a n n

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Stephan W e i l

**Gesamt-
A. Haushalts-**

| Epl. | Bezeichnung | Einnahmen | | | | | Gesamteinnahmen | 4 Personal- ausgaben |
|------|---|--|--|---|---|------------|-----------------|----------------------------|
| | | 0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel | 1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dergleichen | 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüs- sen mit Ausnahme für Investitionen | 3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen | | | |
| | | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | |
| 01 | Landtag | — | 65 | — | — | 65 | 39 841 | |
| 02 | Staatskanzlei | — | 1 004 | 890 | — | 1 894 | 30 408 | |
| 03 | Ministerium für Inneres und Sport | — | 62 908 | 20 991 | 1 072 | 84 971 | 1 202 866 | |
| 04 | Finanzministerium | — | 68 635 | 172 475 | 4 | 241 114 | 638 303 | |
| 05 | Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung | — | 20 048 | 1 223 936 | 159 803 | 1 403 787 | 110 365 | |
| 06 | Ministerium für Wissenschaft und Kultur | — | 30 472 | 177 319 | 197 243 | 405 034 | 65 072 | |
| 07 | Kultusministerium | — | 2 753 | 2 524 | — | 5 277 | 4 365 538 | |
| 08 | Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr | — | 13 280 | 715 352 | 283 317 | 1 011 949 | 205 731 | |
| 09 | Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | 5 350 | 37 321 | 61 513 | 102 662 | 206 846 | 113 585 | |
| 11 | Justizministerium | — | 433 356 | 2 242 | — | 435 598 | 716 908 | |
| 12 | Staatsgerichtshof | — | — | — | — | — | 153 | |
| 13 | Allgemeine Finanzverwaltung | 20 997 800 | 796 843 | 1 714 406 | 807 585 | 24 316 634 | 3 674 112 | |
| 14 | Landesrechnungshof | — | 1 | — | — | 1 | 13 055 | |
| 15 | Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz | 99 800 | 49 868 | 25 096 | 89 975 | 264 739 | 70 526 | |
| 17 | Landesbeauftragter für den Datenschutz | — | 66 | — | — | 66 | 2 240 | |
| 20 | Hochbauten | — | 200 | — | 4 721 | 4 921 | — | |
| | Summe 2015 | 21 102 950 | 1 516 820 | 4 116 744 | 1 646 382 | 28 382 896 | 11 248 703 | |
| | Summe 2014 | 20 428 850 | 1 607 210 | 3 787 939 | 1 895 898 | 27 719 897 | 10 786 437 | |
| | 2015 mehr (+)/weniger (—) | + 674 100 | —90 390 | + 328 805 | —249 516 | + 662 999 | + 462 266 | |

plan
übersicht

Haushaltsjahr 2015

| Ausgaben | | | | | | 2015 Überschuss (+) Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp. 14) | Verpflich- tungs- ermächti- gungen |
|---|---|------------------------|--|--|---------------------|--|---|
| 5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst | 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | 7 Bau- maßnahmen | 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen | 9 Besondere Finanzierungs- ausgaben | Gesamt- ausgaben | | |
| Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |
| 4 460 | 8 574 | — | 348 | — | 53 223 | —53 158 | — |
| 8 701 | 5 471 | — | 5 528 | 3 289 | 53 397 | —51 503 | 6 521 |
| 234 641 | 238 876 | 78 | 95 698 | 54 774 | 1 826 933 | —1 741 962 | 44 980 |
| 191 436 | 2 143 | — | 9 897 | 29 857 | 871 636 | —630 522 | 1 500 |
| 46 861 | 3 809 758 | — | 387 394 | 8 033 | 4 362 411 | —2 958 624 | 245 155 |
| 16 745 | 2 716 892 | 1 | 264 531 | 126 | 3 063 367 | —2 658 333 | 581 227 |
| 38 847 | 947 229 | — | 22 297 | 4 125 | 5 378 036 | —5 372 759 | 90 460 |
| 365 574 | 395 797 | 75 000 | 390 724 | 8 741 | 1 441 567 | —429 618 | 97 912 |
| 37 101 | 184 622 | 3 119 | 141 093 | 12 604 | 492 124 | —285 278 | 71 379 |
| 401 770 | 24 108 | 2 500 | 18 444 | 50 562 | 1 214 292 | —778 694 | 22 462 |
| 49 | — | — | — | — | 202 | —202 | — |
| 1 775 954 | 3 833 424 | — | 36 712 | —264 509 | 9 055 693 | +15 260 941 | — |
| 1 427 | 6 | — | — | 207 | 14 695 | —14 694 | — |
| 46 522 | 183 155 | 26 603 | 88 171 | 21 645 | 436 622 | —171 883 | 159 914 |
| 493 | — | — | 15 | 52 | 2 800 | —2 734 | — |
| 33 000 | 78 | 82 820 | — | — | 115 898 | —110 977 | 94 744 |
| 3 203 581 | 12 350 133 | 190 121 | 1 460 852 | —70 494 | 28 382 896 | — | 1 416 254 |
| 3 321 478 | 11 983 046 | 208 073 | 1 482 017 | —61 154 | 27 719 897 | — | 1 387 175 |
| —117 897 | +367 087 | —17 952 | —21 165 | —9 340 | +662 999 | — | +29 079 |

B. Finanzierungsübersicht2015
in Mio. EUR**I. Ermittlung des Finanzierungssaldos**

| | | |
|---|----------|-----------------------|
| 1. Ausgaben | | |
| Ausgaben nach § 1 HG 2015 | 28 382,9 | |
| (ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite) | | |
| davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.2) | 0,1 | |
| Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.2) | 6,2 | |
| Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen (siehe Abschnitt II Nr. 2.2) | —,— | 28 376,6 |
| 2. Einnahmen | | |
| Einnahmen nach § 1 HG 2015 | 28 382,9 | |
| davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt | | |
| a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II Nr. 1.1.3) | 600,0 | |
| b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.1) | —,— | |
| Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.1) | 43,0 | |
| Einnahmen aus Überschüssen | —,— | 27 739,9 |
| 3. Finanzierungssaldo | | <u><u>— 636,7</u></u> |

II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

| | | |
|--|------|-----------------------|
| 1. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt | | |
| 1.1 Allgemeine Deckungsmittel | | |
| 1.1.1 Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61) | | 7 798,2 |
| 1.1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62) | | <u>7 198,2</u> |
| 1.1.3 Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2015) | | — 600,0 |
| 1.2 Andere (zweckgebundene) Kredite | | |
| 1.2.1 Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32 | —,— | |
| 1.2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 — einschließlich Ausgleichsforderungen) | 0,1 | 0,1 |
| Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt) | | <u>— 599,9</u> |
| 2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren | | |
| 2.1 Einnahmen aus Überschüssen | —,— | |
| 2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen | —,— | —,— |
| 3. Rücklagenbewegung | | |
| 3.1 Entnahmen aus Rücklagen | 43,0 | |
| 3.2 Zuführungen an Rücklagen | 6,2 | — 36,8 |
| 4. Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3) | | <u><u>— 636,7</u></u> |

C. Kreditfinanzierungsplan**2015**
in Mio. EUR

| | |
|---|---------------------------------------|
| I. Einnahmen aus Krediten (brutto) | |
| 1. aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61) | 7 798,2 |
| 2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32 | 0,0 |
| | Summe I 7 798,2 |
| II. Tilgungsausgaben für Kredite | |
| 1. für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62) | 7 198,2 |
| 2. für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59) | 0,2 |
| | Summe II 7 198,4 |
| III. Einnahmen aus Krediten (netto) | |
| 1. aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 ./ Abschnitt II Nr. 1) | 600,0 |
| 2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 ./ Abschnitt II Nr. 2) | -0,2 |
| | Summe III (Summe I ./ Summe II) 599,8 |

**Allgemeine Bestimmungen
zu den Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2015
(Allgemeine Bestimmungen 2015)**

1. Stellenveranschlagungen sowie Bindung an Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

(1) ¹Das Finanzministerium ist ermächtigt, neue Stellen in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen für

1. von ihren dienstlichen Tätigkeiten zu mindestens 50 Prozent freigestellte Vertrauensleute der Schwerbehinderten,
2. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr nach § 20 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), geändert durch Artikel 15 Abs. 16 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), zugewiesen werden, sofern für das Land hierdurch keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen,
3. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der Europäischen Union eingesetzt und zu diesem Zweck zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden,
4. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union zu anderen Dienstherren oder öffentlichen Einrichtungen abgeordnet, zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden, sofern die Dienstbezüge in voller Höhe erstattet werden,
5. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die im Rahmen eines CARE-Verfahrens zur Vermeidung einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen auf einem anderen Dienstposten eingesetzt werden, wenn eine Beschäftigung im bisherigen Bereich aus in der Person liegenden Gründen nicht möglich ist, für eine angemessene weitere Verwendung sonst keine Planstelle zur Verfügung steht und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme im Einzelfall nachgewiesen ist.

²Die Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungs-, Zuweisungs-, Abordnungs- bzw. Beurlaubungsvoraussetzungen“. ³Entfallen diese Voraussetzungen, so sind die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter in eine freie oder die nächste frei werdende Stelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder ihrem Gericht einzuweisen. ⁴Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle. ⁵Sofern durch die Ausbringung der Stellen die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöht werden, gelten die Stellen bei Eintritt der Voraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 als ausgebracht. ⁶In Fällen nach Satz 1 Nr. 5 erhält der kw-Vermerk die Fassung „kw mit Ablauf des TT.MM.JJJJ“.

(2) ¹Für von ihren dienstlichen Tätigkeiten nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz freigestellte Personalratsmitglieder können Stellen durch Ausbringung von Haushaltsvermerken bereitgestellt werden. ²Für zu mindestens 50 Prozent freizustellende Personalratsmitglieder gelten neue Stellen mit entsprechendem Haushaltsvermerk als ausgebracht, wenn sich dadurch die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöhen. ³Die personalbewirtschaftenden Dienststellen sind ermächtigt, bei einem Wechsel der Person des freigestellten Personalratsmitglieds die ausgebrachte Stelle auch dann mit dem neu freigestellten Personalratsmitglied zu besetzen, wenn dieses einer anderen Besoldungsgruppe angehört; im nächsten Haushaltsplan ist die Stelle wieder in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen.

2. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 LHO sowie Nummer 1 dieser Bestimmungen

(1) Nicht besetzt werden dürfen

1. Stellen des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 2 sowie der Besoldungsgruppen A 14 und höher mit Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 und der Besoldungsgruppe A 13, die sich nicht im zweiten Einstiegsamt befinden, es sei denn, dass die Beamtin oder der Beamte
 - a) die Bildungsvoraussetzungen für eine Einstellung im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 erfüllt,
 - b) sich in einer Qualifizierung im Sinne des § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 der Niedersächsischen Laufbahnverordnung (NLVO) vom 30. März 2009 (Nds. GVBl. S. 118), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 475), oder einer entsprechenden laufbahnrechtlichen Bestimmung befindet oder diese erfolgreich abgeschlossen hat oder
 - c) gemäß § 13 Abs. 3 der Niedersächsischen Verordnung über die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung (NLVO-Bildung) vom 19. Mai 2010 (Nds. GVBl. S. 218) ein Amt ohne Qualifizierung im Sinne des § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 NLVO erhalten kann, sowie
2. Stellen des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 1 sowie der Besoldungsgruppen A 7 und höher mit Beamtinnen oder Beamten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 und der Besoldungsgruppe A 6, die sich nicht im zweiten Einstiegsamt befinden, es sei denn, dass die Beamtin oder der Beamte sich in einer Qualifizierung im Sinne des § 12 Abs. 1 Nr. 2 NLVO oder einer entsprechenden laufbahnrechtlichen Bestimmung befindet oder diese erfolgreich abgeschlossen hat.

(2) Abweichend von Absatz 1 und § 49 Abs. 3 LHO können Stellen, die in das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 gehoben werden oder worden sind, übergangsweise auch mit Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 besetzt werden, sofern diese den dazugehörigen Dienstposten schon vor der Stellenhebung innegehabt haben.

(3) ¹Im Bedarfsfall dürfen innerhalb der einzelnen Kapitel verwendet werden

1. nicht besetzte Stellen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter vorübergehend für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst,
2. Stellen, deren Inhaber Grundwehrdienst oder dem Grundwehrdienst gleichgestellten Dienst leisten und Bezüge aus dem Landeshaushalt nicht erhalten, für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst.

²Die Besetzung richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO.

(4) ¹Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. ²Jede Stelle darf mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. ³Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.

(5) ¹Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter werden bei gemäß § 27 BeamStG herabgesetzter Arbeitszeit nach dem Umfang der verbleiben-

den Arbeitszeit auf einer entsprechenden Planstelle geführt.²Von § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466), abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a Abs. 1 und 2 BBesG bleiben bei der Berechnung der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt.³Nach den Sätzen 1 und 2 freie Planstellenanteile können anderweitig besetzt werden.

(6)¹Das Kultusministerium wird ermächtigt, die in den Bereichen des allgemeinbildenden und des berufsbildenden Schulwesens bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 veranschlagten Stellen für Lehrkräfte bei Bedarf abweichend von § 50 Abs. 2 LHO innerhalb dieser Kapitel umzusetzen.²Soweit es sich um nicht nur vorübergehende Stellenumsetzungen handelt, sind diese in den Stellenplänen des Haushaltsplans des nächsten Jahres darzustellen.

(7) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landesbediensteten, die während der Zeit der Mutterschutzfrist nicht beschäftigt werden dürfen, können entsprechende nichtbeamtete Ersatzkräfte eingestellt werden.

3. Ausbringung von Leerstellen und Stellen für ehemalige Abgeordnete, Gewährleistungsentscheidungen

(1)¹Sind planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes länger als ein Jahr unter Wegfall der Bezüge beurlaubt und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, diese Planstelle neu zu besetzen, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle für diese Bediensteten im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.²Entsprechendes gilt, wenn

1. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes in die Landesregierung berufen werden,
2. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter zu Präsidentinnen und Präsidenten oder Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von staatlichen Hochschulen ernannt werden.

³Bei Beurlaubungen nach § 62 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 475), oder § 7 Abs. 1 des Niedersächsischen Richtergesetzes vom 21. Januar 2010 (Nds. GVBl. S. 16), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. November 2011 (Nds. GVBl. S. 422), sowie bei Elternzeit — im Bereich der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen auch bei Beurlaubungen nach § 64 NBG — gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Leerstelle auch bei kürzerer Beurlaubungsdauer ausgebracht werden kann.⁴Im Bereich der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen können die Leerstellen bei Beurlaubungen nach den §§ 62 und 64 NBG sowie bei Elternzeit ohne den Vermerk „künftig wegfallend“ ausgebracht werden.

(2)¹Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter nach dem Ende der Beurlaubung wieder mit Dienstbezügen oder entsprechend den ihnen auf Dauer übertragenen Ämtern verwendet, so sind sie in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung — Richterinnen und Richter bei ihrem Gericht — einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg.²Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle sind sie auf Leerstellen zu führen.³Solange sie auf der Leerstelle mangels freier Planstelle geführt werden müssen, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 LHO ohne besondere Einwilligung des Finanzministeriums überplanmäßig geleistet werden.⁴Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, nach Rückkehr der Leerstelleninhaberinnen oder -inhaber die Bezüge vorübergehend aus der Leerstelle zu zahlen, sind die hierdurch entstehenden Mehrausgaben im Rahmen der Personalausgaben der Hauptgruppe 4 (außerhalb von Ansätzen in Titelgruppen) einzusparen.⁵Die Einsparauflage gilt

nicht für Leerstellen, die im Haushaltsplan für die Durchführung gemeinsamer Berufungsverfahren der staatlichen Hochschulen ausgewiesen sind.

(3)¹Soweit für die Wiederverwendung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis aufgrund ihrer Wahl in die Volksvertretung eines Landes, in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament nach § 69 Abs. 2 Satz 1 NBG oder nach § 5 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) in der Fassung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2014 (BGBl. I S. 906), ruhen und die nach § 69 Abs. 2 Satz 1 NBG oder nach § 6 AbgG wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind, eine freie Planstelle ihrer früheren Besoldungsgruppe nicht zur Verfügung steht, kann das Finanzministerium im Kapitel der jeweiligen Dienstbehörde die hierfür erforderliche Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.²Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder aus dem Richterverhältnis auf Lebenszeit nach § 5 Abs. 4 NBG oder § 124 NBG ruhen, soweit ein solches Beamtenverhältnis oder Richterverhältnis nach Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit oder auf Probe nach § 5 Abs. 1 bis 3 NBG oder § 124 NBG wieder auflebt.³Die in diesen Stellen wieder verwendeten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder bei ihrem Gericht einzuweisen.⁴Mit der Einweisung fällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle weg.⁵Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Ausbringung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst entsprechende Anwendung.

(6)¹Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter unter Wegfall ihrer Bezüge zur Ausübung einer Beschäftigung in einem anderen Rechtsverhältnis bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes oder einem privaten Arbeitgeber beurlaubt, so werden die obersten Dienstbehörden ermächtigt, für die Beurlaubungszeit einen förmlichen Gewährleistungsbescheid nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buchs des Sozialgesetzbuchs zu erteilen.²Diese Ermächtigung umfasst auch allgemeine Gewährleistungsentscheidungen für bestimmte Fallgruppen und Gewährleistungsentscheidungen für eine Zweitbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber.

4. Wiederbesetzung freier Stellen

Aus Gründen des § 21 BeamtStG freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wieder besetzt werden, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.

5. Umwandlung der Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter oder deren Vertreterinnen und Vertreter bei sinkenden Schülerzahlen

¹Sind oder werden im Bereich des Einzelplans 07 Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter frei und ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule so weit zurückgegangen, dass das der bisherigen Stelleninhaberin oder dem bisherigen Stelleninhaber übertragen gewesene Amt zu hoch eingestuft war, so sind sie in Stellen umzuwandeln, die dem Amt entsprechen, das den künftigen Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern nach den besoldungsrechtlich maßgebenden Schülerzahlen zu übertragen ist.²Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Schülerzahl an der Schule den Schwellenwert innerhalb von drei Jahren voraussichtlich wieder übersteigen wird.³In Fällen, in denen die Schülerzahl so

weit gesunken ist, dass die Funktion der Stellvertreterin oder des Stellvertreters einer Schulleiterin oder eines Schulleiters besoldungsrechtlich kein herausgehobenes Amt mehr trägt, ist die frei werdende Stelle in eine dem Einstiegsamt, das gemäß § 5 NLVO-Bildung der Lehrbefähigung für das Lehramt der jeweiligen Schulform zugeordnet ist, entsprechende Stelle umzuwandeln; Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

6. Umsetzung der Altersteilzeit

(1) ¹Für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die nach § 63 NBG oder § 4 f des Niedersächsischen Richtergesetzes in der bis zum 31. Januar 2010 geltenden Fassung Altersteilzeit in Anspruch nehmen, gilt Folgendes: ²Für die gesamte Dauer der Altersteilzeit gelten die Planstelle und das Beschäftigungsvolumen mit einem Anteil von 50 Prozent als besetzt. ³Bei Teilzeitbeschäftigten ist der als besetzt geltende Anteil der Planstelle sowie des Beschäftigungsvolumens entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. ⁴Der nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 38 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), zu gewährende Altersteilzeitzuschlag ist aus Titel 422 19 zu zahlen. ⁵Die Mehrausgaben nach Satz 4 sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. verzögerte Wiederbesetzungen/Beförderungen) oder Einsparungen, die sich aus einer ErsatzEinstellung (z. B. geringere Bezüge wegen jüngeren Lebensalters, unterwertige Beschäftigung) ergeben, auszugleichen. ⁶Satz 5 gilt auch in Bereichen ohne Personalkostenbudgets; in diesen Fällen ist der Ausgleich gegenüber dem Finanzministerium nachzuweisen. ⁷Wird die Altersteilzeit im Blockmodell gewährt (Aufteilung in eine Arbeits- und eine Freistellungsphase), so sind während der Arbeits- und der Freistellungsphase 50 Prozent der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets gesperrt. ⁸Die gesperrten Budgetanteile sind nach den vom Finanzministerium hierfür festgelegten Durchschnittssätzen zu berechnen. ⁹Bei Teilzeitkräften ist der Prozentsatz entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. ¹⁰Eine Wiederbesetzung während der Freistellungsphase ist zulässig, wenn zeitgleich eine entsprechende andere Stelle einschließlich Beschäftigungsvolumen und entsprechendem Budgetanteil eingespart wird. ¹¹Ab diesem Zeitpunkt ist die Sperre nach Satz 7 aufgehoben. ¹²Als entsprechende andere Stelle gilt auch eine bis zu zwei Besoldungsgruppen niedrigere Planstelle oder vergleichbare Beschäftigungsmöglichkeit im Tarifbereich. ¹³Wird die Planstelle bis zur Beendigung der Altersteilzeit nicht wiederbesetzt, so ist sie zu diesem Zeitpunkt in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolu-

men einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. ¹⁴Wird die Altersteilzeit als durchgehende Teilzeitbeschäftigung gewährt, so sind die frei werdenden Anteile der Planstelle sowie die entsprechenden Anteile am Beschäftigungsvolumen und dem Budget für die gesamte Dauer der Altersteilzeit gesperrt. ¹⁵Nach Beendigung der Altersteilzeit ist die Planstelle oder eine entsprechende andere Stelle (bei Teilzeitkräften der Stellenanteil) in Abgang zu stellen sowie das Beschäftigungsvolumen einschließlich des entsprechenden Budgetanteils zu mindern. ¹⁶Satz 12 gilt entsprechend.

(2) ¹Beschäftigungsvolumen und Budget von Beschäftigten im Tarifbereich, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV-ATZ) vom 5. Mai 1998, zuletzt geändert durch Änderungsstarifvertrag Nr. 2 vom 30. Juni 2000, auf die Hälfte ihrer bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert wird, gelten bei Vollbeschäftigten mit einem Anteil in Höhe von 70 Prozent als besetzt. ²Der verbleibende Anteil von 30 Prozent steht für Ersatz-Einstellungen zur Verfügung. ³Bei Teilzeitbeschäftigten verändern sich die vorgenannten Anteile entsprechend der Reduzierung der Arbeitszeit. ⁴Sofern die Bundesagentur für Arbeit Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 3 a des Gesetzes vom 23. Juni 2014 (BGBl. I S. 787), gewährt, erhöht sich für diesen Zeitraum der besetzbare Anteil um 20 Prozent der Beschäftigungsmöglichkeit im Tarifbereich. ⁵Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und eine Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so ist der besetzbare Anteil von 30 Prozent während der Arbeitsphase gesperrt. ⁶Dieser Anteil wird dem besetzbaren Anteil in der Freizeitphase hinzugerechnet, sodass dann ein besetzbarer Anteil von insgesamt 60 Prozent für Ersatz-Einstellungen zur Verfügung steht. ⁷Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen. ⁸Für den Zeitraum der Gewährung von Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes erhöht sich der besetzbare Anteil um 40 Prozent. ⁹Bei Änderung des Erstattungsverfahrens der Bundesagentur für Arbeit ändert sich der Prozentsatz entsprechend. ¹⁰Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Tarifbeschäftigte, die nicht in Bereichen mit Personalkostenbudgetierung beschäftigt sind, mit der Maßgabe, dass die hierdurch nicht in Anspruch genommenen Mittel gesperrt sind. ¹¹Diese Mittel sind übertragbar. ¹²Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

7. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

Ausnahmen von § 47 LHO bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums.

V e r o r d n u n g
zur Änderung der Verordnung über die Erhebung der
Gewerbe- und der Grundsteuer in gemeindefreien Gebieten

Vom 22. Dezember 2014

Aufgrund

des § 4 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. Juli 2014 (BGBl. I S. 1266), und des § 1 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 38 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794),

wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Erhebung der Gewerbe- und der Grundsteuer in gemeindefreien Gebieten vom 2. Oktober 2008 (Nds. GVBl. S. 304) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
 - „2. in dem Teil des der Bundesrepublik Deutschland zustehenden Anteils
 - a) am Festlandsockel und
 - b) an der ausschließlichen Wirtschaftszone, der dem Land Niedersachsen zugeordnet ist.“
2. In § 2 Abs. 1 wird das Wort „Soltau-Fallingbostel“ durch das Wort „Heidekreis“ ersetzt.
3. In § 3 Abs. 3 werden die Worte „vom Hundert“ durch das Wort „Prozent“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 22. Dezember 2014

Die Niedersächsische Landesregierung

Weil Schneider

Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrages
zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen
über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze vom 22. Oktober 2014 (Nds. GVBl. S. 294) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag nach seinem Artikel 5 Abs. 2 am 1. Januar 2015 in Kraft tritt.

Hannover, den 18. Dezember 2014

Niedersächsische Staatskanzlei

Mielke

Staatssekretär

**Bekanntmachung
der Änderungen der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Vom 16. Dezember 2014

Der Landtag hat in seiner 50. Sitzung am 15. Dezember 2014 die folgenden Änderungen der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages vom 4. März 2003 (Nds. GVBl. S. 135), zuletzt geändert durch Beschluss vom 25. Juni 2014 (Nds. GVBl. S. 202), beschlossen:

1. § 93 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Sitzungen der in den §§ 14 bis 17 b genannten Ausschüsse eigener Art sind nichtöffentlich, soweit nichts anderes bestimmt ist.“
 - b) Es wird der folgende neue Absatz 2 a eingefügt:

„(2 a) ¹Der Ausschuss für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (§ 17 a) kann für einzelne Sitzungen, Beratungsgegenstände oder Tagesordnungspunkte beschließen, die Öffentlichkeit herzustellen. ²Dies gilt nicht, soweit der Ausschuss Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nds. AG G 10 wahrnimmt sowie in den Fällen des Absatzes 1 Sätze 3 und 5. ³In den Fällen des Absatzes 1 Satz 6 ist der Beratung eine öffentliche Erörterung des Beratungsgegenstandes voranzustellen. ⁴Für öffentliche Verhandlungen des Ausschusses gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.“
2. In § 97 wird die Verweisung „§ 93 Abs. 2 bis 6“ durch die Verweisung „§ 93 Abs. 2 und 3 bis 6“ ersetzt.

Hannover, den 16. Dezember 2014

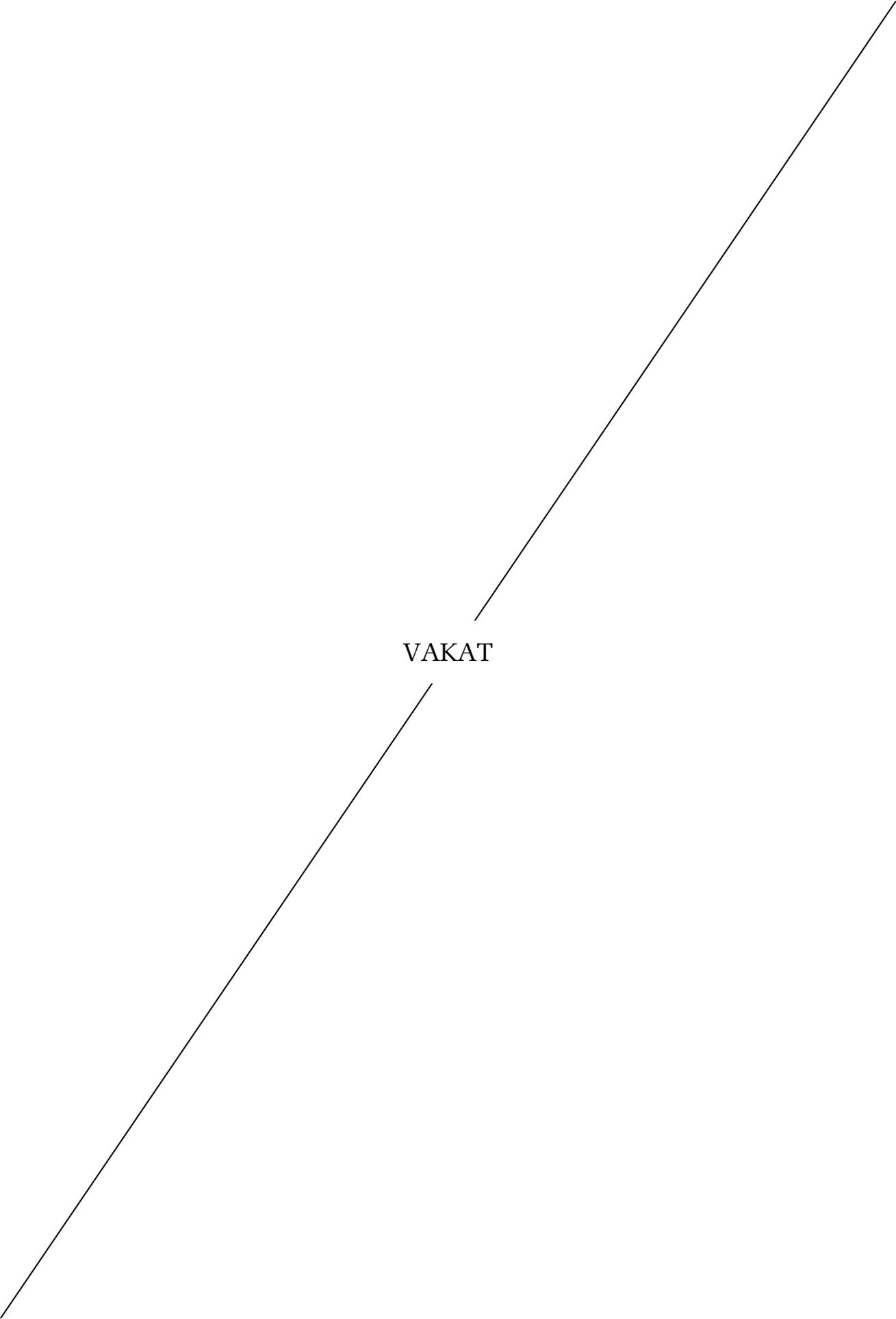
Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bernd B u s e m a n n

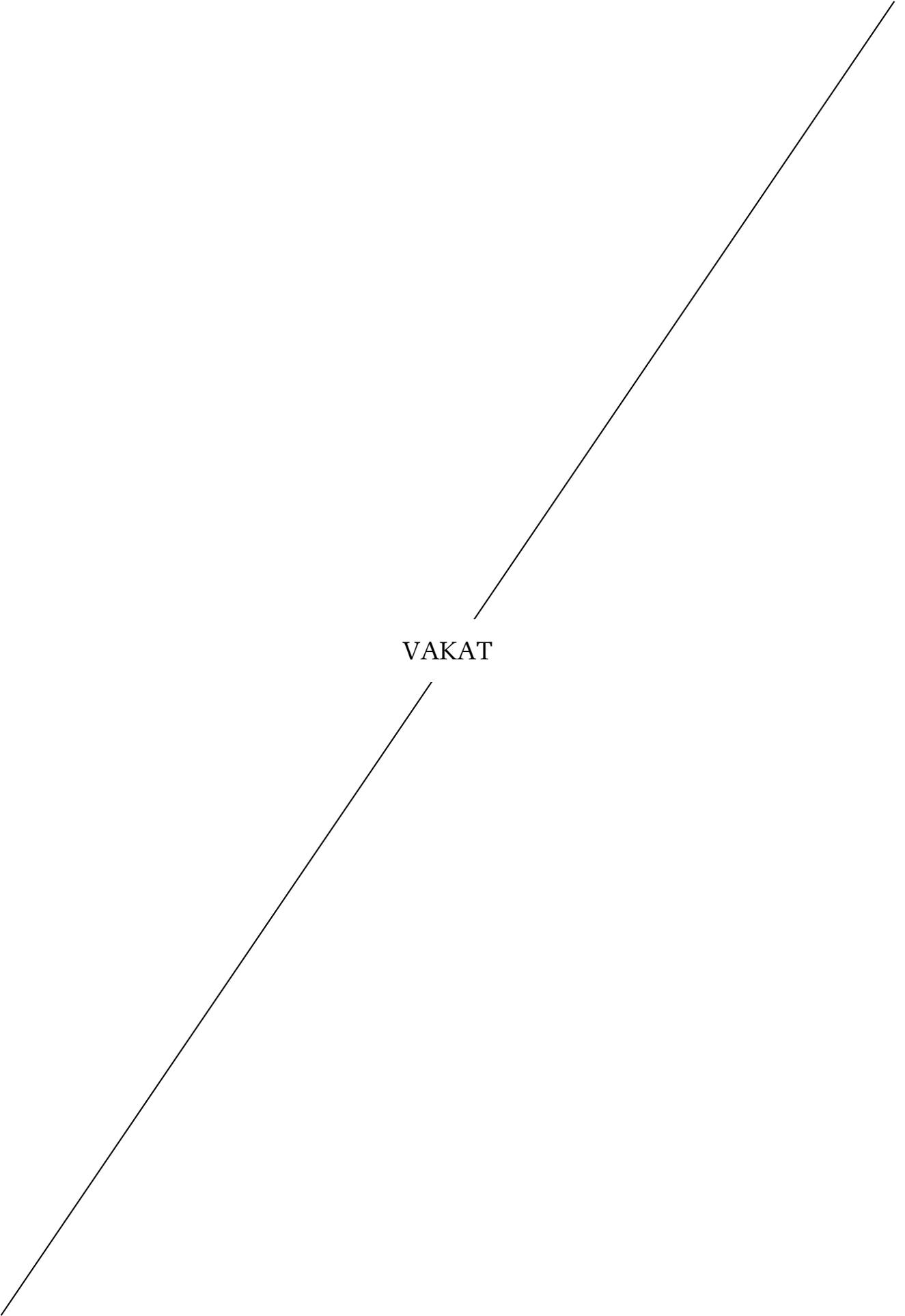
— Letzte Nummer des Jahrgangs 2014 —

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 56,30 € (einschließlich 3,68 € Mehrwertsteuer und einschließlich 9,20 € Portokostenanteil). Bezugskündigung kann nur 10 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 8 Seiten 1,05 €. ISSN 0341-3497. Abbonementsservice Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 5,25 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten



VAKAT



VAKAT

Lieferbar ab April 2014

Einbanddecke inklusive CD



**Fünf Jahrgänge
handlich
auf einer CD!**

Jahrgänge 2009 bis 2013:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung
ergänzend zur Einbanddecke.



→ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2013
inklusive CD und Umschlagmappe

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke Niedersächsisches Ministerialblatt 2013
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405

schlütersche
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG